

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis: 20 Pfennige. Bei Abnahme von 100 Exemplaren 2 Mark, bei Abnahme von 1000 Exemplaren 18 Mark. Anzeigenpreise: Die 3. Spalte 20 Pfennige, die 4. Spalte 15 Pfennige, die 5. Spalte 10 Pfennige. Anzeigen für die 1. Spalte sind nach Vereinbarung zu machen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion des „Wilsdruffer Tageblatt“ befindet sich in Wilsdruff, Postfach 101. Die Redaktion ist von 9 bis 12 Uhr und von 2 bis 5 Uhr geöffnet. Die Redaktion ist für den Empfang von Briefen und Telegrammen verantwortlich. Die Redaktion ist für den Empfang von Briefen und Telegrammen verantwortlich.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 271 — 90. Jahrgang Teleg.-Abz.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Poltschd.: Dresden 2040 Sonnabend, den 21. November 1931

Herkulesarbeit.

Skandalprozesse. — Der unsinnige Young-Plan. Politische Spannungen.

Man hat in Berlin eine steinerne Brückenfigur aus der Meisterhand Schadows schleunigst den zerstörenden Witterungseinflüssen entziehen und im Museum unterbringen müssen. Daß diese verwitterte, schadhaft gewordene Figur ausgerechnet den guten alten Herkules darstellt, der nun sozusagen einen Kubeponen erbält, könnte man insofern als einen nicht einmal guten Witz der Weltgeschichte bezeichnen, als gerade heute die Kräfte und die Energie eines Herkules an recht vielen Stellen dringendste Notwendigkeiten sind und sich für seine Beistellung zahlreiche Gelegenheiten finden. Eine Parallele für seine Reinigungsarbeit im Stalle des Königs Aulias bietet die Anzahl heutiger Prozesse Skandalöskender Art, durch die sich die Gerichte teils hindurchmühen, oder die noch im Stadium der Vorbereitung sind. Man braucht ja zurzeit nur auf Klarel oder „Favag“ hinzuweisen. Oder den Namen Kayenellenbogen auszusprechen. Oder daran zu erinnern, daß auch der Nordwolle-Prozess uns noch „bevorsteht“. Und wir müssen obendrein noch betonen, daß wir es völlig verlernt haben, uns nach der Richtung hin über irgend etwas noch zu wundern, die durch jene Namen angebeutet oder melmeht schon zur Genüge gekennzeichnet wird. Denn nicht bloß bei den Angeklagten, sondern bei recht vielen Zeugen — die übrigens morgen schon zu Angeklagten werden können — tritt eine solche innere Demutungs- und Verantwortungslosigkeit zu Tage, daß man die ärgsten Beschuldigungen von vornherein für durchaus möglich und wahrscheinlich hält. Der große volkswirtschaftliche Einfluß, den hier mehr spekulative Gerissenheit als lautmännlich-organisatorisches Können, mehr die Strupflosigkeit als scharfblickende Einsicht verschaffen, wird hemmungslos nur zu privatwirtschaftlichen Nutzen eingesetzt und reich findet sich ein Kreis, der an dieser Jagd nach privatem Gewinn teilnimmt, ohne sich ängstlich an gesetzliche Bestimmungen oder nur moralische Grundzüge zu halten. Früher war logisch verurteilt, wer nur „das Juchtaus“ mit dem „Armet gestreift“ hatte. Jetzt wird in jenen Prozessen eine ganze Anzahl von Zeugen zwar vernommen, aber nicht verurteilt. Und nicht bloß das Gericht weiß, warum es auf den Eid verzichtet.

„Kurzen Prozess machen“ ist gerade im Zeitalter des „Rechtsstaates“ viel zu sehr zu einem fast veralteten Sprichwort geworden. Aber es gibt noch ein anderes, um so zeitgemäheres Wort, „Summa jus, summa injuria“, was man am besten wohl mit dem Goetheischen: „Gefeg wird Unsinn“, wiedergeben darf. Auch der Young-Plan ist völlerrechtlich lefegefegtes Gefeg, — aber auch in Paris weiß man, daß er wirtschaftlich schon längst zum Unsinn geworden ist, zum Widerspruch gegenüber der Wirklichkeit nicht etwa nur in Deutschland, sondern überall mehr oder weniger in der ganzen Weltwirtschaft. Trotzdem sind auch hier die Kräfte eines Herkules notwendig, um den Anspruch auf „Rechte“ auszuräumen, die zum Unsinn geworden sind. Steht doch hinter diesen Rechten nicht bloß der sorgfältig formulierte und formulierende Nachhabe des Vertrages, sondern die schwerer zu nehmende politische und wirtschaftlich-finanzielle Macht. Bismarcks zum viel mißbrauchten Schlagwort ausgemühter, aber mehr als geistreiche Spielerei gemeinter Sag, daß Politik „die Kunst des Möglichen“ sei, verlangt natürlich auch eine einigermaßen richtige Einschätzung der eigenen Kraft. Und daher hat Dr. Brüning dem französischen Verlangen Rechnung getragen, auf dem „Wuchstabenwege“ zu einer „Anpassung des Young-Planes an die wirtschaftliche Depression der Gegenwart“ und einer vorläufig noch nicht abschbaren Zukunft hinzutreten. Also: formell die Sachverständigenkommission des Young-Planes einberufen zu lassen zwecks Prüfung der deutschen Wirtschafts- und Finanzlage. Wie weit sich diese Untersuchung nun allgemein gestaltet, ob wir also eine praktische Neuauflage der Baseler „Lyon-Brüning-Kommission“ erleben werden, aus deren Arbeit und Feststellungen dann das Stillhalteabkommen entstand, läßt sich heute noch nicht sagen. Aber selbst, wenn nur die „Anpassungsmöglichkeit“ oder „unmöglichkeit“ der deutschen Young-Plan-Verpflichtungen geprüft wird, dann steht der „Wuchstabenweg“ vor der größten Tatsache, daß schon heute nicht weniger als 16 europäische Staaten eine Depressionswirtschaft haben einführen müssen! Daß man dadurch weltwirtschaftlich weiter kam, wird niemand behaupten können. Aber noch steht niemand den Herkules, der mit der Weltkriege fertig wird.

Der Zwang also regiert die Welt zwischen dem Nordpol und dem Südpol, aber doch ein Zwang, entnimmt von denen, die unter ihm zu leben und zu leiden haben, die Berechtigung letzten Endes doch nur aus dem — Erfolg. Zu der umfangreichen Masse der Zwangsbekanntmachungen, mit denen wir Deutsche übersättigt wurden und werden, steht der Erfolg aber in einem schreienden Gegensatz. Ihre Zweckmäßigkeit begegnet daher immer häufiger Zweifel oder direkter Verneinung. Daher wachsen in Deutschland nicht bloß die wirtschaftlichen, sondern auch die politischen Spannungen. Man braucht

Der deutsche Antrag überreicht

Die Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit.

Der Antrag der deutschen Reichsregierung, den im Young-Plan vorgesehenen Sonderauschuß zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit einzuberufen, ist der Basler Einleitung der deutschen Kriegskriegsbeiträge in Basel übergeben worden. Gleichzeitig mit dem Antrag hat die Reichsregierung ein Schreiben überreichen lassen, in dem sie ihren Antrag begründet, d. h. in dem sie die Beweise für die deutsche Zahlungsfähigkeit darlegt.

Der Antrag.

Das Memorandum, das allen auswärtigen Mächten mitgeteilt worden ist, zerfällt in zwei Teile: erstens einem historischen Teil,

in dem die politischen Vorgänge seit Juni d. J. bis zum Laub-Hoover-Abkommen dargestellt sind. Die deutsche Reichsregierung hat besonderen Wert darauf gelegt, diesen historischen Teil in der Note einzufügen, damit durch ihn klar herausgearbeitet wird, daß es sich bei diesem Schritt Deutschlands nicht um eine isolierte Aktion handelt, sondern um ein Glied in der Kette der politischen Aktionen, die sich seit Juni abgepielt haben.

Deutschland hatte schon im Juni d. J. den hauptbeteiligten Mächten angekündigt, daß Deutschland nicht mehr imstande sei, die Young-Zahlungen voll zu leisten und den Schluß darangelegt, daß es daraus die Konsequenzen ziehen würde. Damals ist es nicht dazu gekommen, weil inzwischen das Hoover-Jahr in Kraft getreten war.

Es folgt dann im Anschluß an die Aktion Hoovers die Londoner Konferenz von Finanzfachverständigen und weiterhin eine Konferenz internationaler Sachverständiger in Basel,

beide Male zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit.

Daran knüpfte sich dann das sogenannte Stillhalteabkommen Deutschlands mit seinen ausländischen Gläubigern. Und an dieses Abkommen schließt sich nun als weiteres Glied der Kette der Antrag, der der Baseler Tributbank überreicht worden ist. Den Schluppsatz soll, wie schon gesagt, die große Regierungskonferenz setzen.

Der zweite Teil des Dokumentes

bezieht sich darauf, welche Kompetenzen der Sonderauschuß der Tributbank in Basel haben soll. Die deutsche Regierung vertritt hierbei die Auffassung, daß sich seit Aufstellung des neuen Planes die wirtschaftliche und soziale Lage in der Welt, insbesondere in Deutschland, durch die Krise von Grund auf geändert habe.

Da der neue Plan dem Sonderauschuß die Aufgabe zuweist, die Lage unter allen Gesichtspunkten zu prüfen, so muß nach deutscher Auffassung der Auschuß das Problem in seiner Gesamtheit und unter Berücksichtigung aller Faktoren prüfen, also auch die Frage der privaten Verschuldungen, die vor dem Februar 1932 geregelt werden müssen, und zwar durch eine Vereinbarung zwischen den ausländischen Gläubigern und den inländischen Schuldnern.

Deutschland hat damit dem Prüfungsausschuß in Basel die Aufgabe gestellt,

ohne Begrenzung nach irgendeiner Seite hin

die Lage Deutschlands zu prüfen. Bei dem Schritt Deutschlands handelt es sich, wie noch hervorgehoben werden soll, nicht um eine vereinbarte Aktion mit einer anderen Regierung, sondern um eine einseitige Erklärung Deutschlands. Dem Schritt sind wie bekannt Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich in Paris vorangegangen, so daß also

Frankreich über die deutschen Absichten vollkommen informiert ist.

noch hier nur oft Gejagtes anzudeuten, nur aus Vorwissen der allerletzten Zeit blindlings herauszuweisen: Hessenwahlen, Konferenz der Innenminister, offizielle Klagen über den politischen Terror der andern deutsche Verschiebungen in den bisherigen Kräfteverhältnissen und daher auch Gruppierungen der Parteien zueinander und zu der Regierung Brüning. Daß hierbei auch die schwere Wirtschaftsnot stark einwirkt, mit weiterem Anwachsen ihre Wirkung auch noch verstärkt — übrigens nicht zuletzt nach der sozialen Richtung hin —, findet ihren deutlichen Ausdruck gegenüber dem Reichsfanzler in den von Tag zu Tag dringlicher werdenden Forderungen der Parteien und Verbände, die sich dabei auf die Stimmungsmäßige Entwicklung in den Massen stützen können. Wenn Deutschland an allen Ecken und Enden brennt oder zu brennen beginnt, kann man sich auch nicht bloß versprechen lassen, daß später die Löscharbeiten einlegen werden. Und den abnehmenden Willen eines ganzen Volkes könnte selbst ein Herkules nicht beiegen.

Dr. Br.

Der Wortlaut des deutschen Antrages.

Zur Einberufung des Young-Ausschusses.

Das umfangreiche Schreiben der deutschen Reichsregierung an die Baseler Tributbank, in dem sie die Einberufung des Sonderauschusses zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit beantragt, erinnert in der Einleitung an die verschiedenen Aktionen und Konferenzen im Sommer dieses Jahres, die sich mit der deutschen Zahlungsfähigkeit beschäftigten. Die Regierung weist darauf hin, daß seit dieser Zeit die Dinge sich völlig geändert haben, und erinnert daran, daß die Baseler Sachverständigen ihren Bericht mit der Mahnung schlossen, daß keine Zeit zu verlieren sei, um Deutschland die so dringend benötigte Hilfe zu bringen.

Dann heißt es im Hauptteil wörtlich weiter:

In den seither vergangenen Monaten hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands aufs äußerste angepsitt. Die Tatsachen, die diese Lage kennzeichnen, sind allgemein bekannt. Auch in anderen Ländern hat der Druck der Krise zu den ernstesten Erwägungen geführt.

Die Welt ist sich in steigendem Maße klar geworden über den inneren Zusammenhang der verschiedenen durch die Lage aufgeworfenen finanziellen Teilprobleme und über die Notwendigkeit, sie alsbald

in ihrer Gesamtheit

in Angriff zu nehmen. Vor den Überlegungen, welche die Welt in diese Aufgabe am besten zu behandeln sei, ist letzten der Gedanke in den Vordergrund getreten, zunächst den Beratenden Sonderauschuß einzuberufen. Da nach dem System des Neuen Planes die Einberufung des

Beratenden Sonderauschusses

von einem Antrag der deutschen Regierung abhängt, hat sich die deutsche Regierung zu diesem Antrag entschlossen, damit ihrerseits alles geschieht, was den Weg zu unmittelbaren Maßnahmen der Regierung eröffnen kann.

Nach dem Neuen Plane ist für diesen Antrag die Erklärung der deutschen Regierung erforderlich, daß

„sie in gutem Glauben zu dem Schluß gekommen ist, daß die Währungs- und das Wirtschaftsleben Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des aufschiebenden Teiles der Annuitäten ernstlich in Gefahr gebracht werden könnten“

Indem die deutsche Regierung diese Erklärung abgibt, muß sie zum Ausdruck bringen, daß eine solche Erklärung der gegenwärtigen Sachlage nicht gerecht wird.

Seit der Aufstellung des Neuen Planes ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage in der Welt, insbesondere in Deutschland, durch eine Krise ohnegleichen von Grund auf geändert worden. Da der Neue Plan dem Beratenden Sonderauschuß die Aufgabe zuweist, die Lage unter allen Gesichtspunkten zu prüfen, muß der Auschuß das Problem in seiner Gesamtheit und unter Berücksichtigung aller seiner Faktoren prüfen und hierbei insbesondere berücksichtigen, daß die Frage der privaten Verschuldung Deutschlands rechtzeitig vor Ende Februar nächsten Jahres neu geregelt sein muß, und zwar durch eine Vereinbarung, die zwischen ausländischen Gläubigern und deutschen Schuldnern zu treffen ist.

Da die gegenwärtigen Verhältnisse die größte Beschleunigung der zu treffenden Maßnahmen erfordern, schlägt die deutsche Regierung vor, daß der Beratende Sonderauschuß unverzüglich zusammentritt, und daß er seine Arbeiten so schnell als möglich erledigt, damit schon in nächster Zeit eine Konferenz derjenigen Regierungen stattfinden kann, die für die alsdann zu fassenden Entschlüsse zuständig sind.

Die Baseler Tributbank wird nun die Mitglieder des Ausschusses in den Ländern, denen wir Tribute zahlen müssen, von dem deutschen Antrag verständigen, und sie zu einer Sitzung in Basel einladen. Gleichzeitig wird sie ihnen die deutschen Dokumente zuschicken, und die Ausschusmitglieder werden sich zunächst an ihrem Wohnort eingehend mit den Darlegungen der deutschen Reichsregierung beschäftigen und mit ihren Regierungen darüber sprechen. Dann erst wird es zur ersten Sitzung in Basel kommen. Es werden vielleicht

Wochen darüber vergehen,

es ist sehr wohl möglich, daß der Auschuß erst zu Beginn des nächsten Jahres zusammenkommt. Dabei ist zu beachten, daß dieser Auschuß auch nicht die letzten Entscheidungen treffen kann, er hat nur das Recht, den einzelnen Regierungen bestimmte Maßnahmen auf Grund seiner Untersuchungsergebnisse zu empfehlen.

Die letzte Instanz

ist dann die große Regierungskonferenz, an der die Minister der einzelnen Länder mit allen Vollmachten vertreten sind. Bis diese Konferenz zusammentritt, kann es Monate dauern.

Der deutsche Antrag an die Baseler Tributbank, den Sonderauschuß einzuberufen,